



BERNHARD SEIDENATH

CSU 

Für das Dachauer Land
im Landtag

Pressemitteilung

Dienstag, 27. November 2009
Mitgliederversammlung Karlsfeld



Abbildung 1: Das Bild zeigt - von links nach rechts - MdL Bernhard Seidenath, Christina Fink, Ortsvorsitzender Bernhard Gaigl, Dr. Gerhard Griensteidl, Andreas Froschmayer, Sandra Schieneis, Gabriele Hogh-Binder, Walter Hogh, Franz Schramml, Bgm. Stefan Kolbe

Zur Mitgliederversammlung am 27. November 2009 konnte der Karlsfelder CSU-Ortsvorsitzende Bernhard Gaigl knapp 40 Mitglieder begrüßen. Nach einem Rückblick auf das ausgehende Jahr 2009 - mit seinen Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen des Ortsverbands Karlsfeld, mit der Europa-

und Bundestagswahl - ehrte der Ortsvorsitzende langjährige CSU-Mitglieder. Für zehnjährige Mitgliedschaft wurden Gabriele Hogh-Binder, Sandra Schieneis, Christina Fink, Stephan Sattler, Matthias Grandl und Walter Hogh geehrt, für 15-jährige Mitgliedschaft Andreas Froschmayer, für 25 Jahre Franz Schramel sowie für eine 35-jährige Mitgliedschaft Dr. Gerhard Griensteidl und Dr. Heinrich Albrecht. Landtagsabgeordneter Bernhard Seidenath dankte den Geehrten für "ihr langjähriges Engagement innerhalb unserer Partei": "Denn die Mitglieder sind das große Pfund der CSU: Auf ihre Ideen, auf ihren Elan und ihre Überzeugungen kommt es an. Dafür ein herzliches 'Vergelt's Gott!'", erklärte Seidenath.

Mit den Themen "Neue Mitte in Karlsfeld" und "Einzelhandel westlich der Bahn" befassten sich der CSU-Fraktionsvorsitzende im Karlsfelder Gemeinderat, Stefan Handl, und 1. Bürgermeister Stefan Kolbe in ihren Statements.

In seinem Bericht aus dem Landtag ging Stimmkreisabgeordneter Bernhard Seidenath auf aktuelle Themen aus dem Bayerischen Landtag sowie auf den Koalitionsvertrag auf Bundesebene ein. Auf Landesebene sei der Nachtragshaushalt für 2010 in den vergangenen Wochen das bestimmende Thema gewesen. Der Bayerische Staatshaushalt werde auch 2010 wieder ausgeglichen sein. Eine Neuverschuldung werde es also nicht geben - auch weil bereits realisierte Privatisierungserlöse eingesetzt werden. Mit dem Nachtragshaushalt 2010 setze der Freistaat ein starkes konjunktur- und stabilitätspolitisches Signal und leiste einen zentralen Beitrag zur Überwindung der Rezession in Deutschland. Auch in der größten wirtschaftlichen Krise der Bundesrepublik Deutschland hält Bayern seine Investitionen mit 5,7 Milliarden Euro auf höchstem Niveau. Die Investitionsquote wird nochmals auf 13,7 Prozent steigen. Gleichzeitig wird Bayern ein Signal für Stabilität bei den Ausgaben für Bildung, Familie und Soziales setzen. Die Ausgaben für die bayerischen Leistungsgesetze (Kinderbetreuung, Landeserziehungsgeld, Schulfinanzierungsgesetz, Blindengeld) werden nicht gekürzt. Die Bildungsausgaben werden nochmals erhöht von 14 Milliarden Euro 2008, 15,1 Milliarden Euro 2009 auf 15,6 Milliarden Euro 2010. Im Bereich der Schulen steigen die Ausgaben von 8,9 Milliarden Euro 2009 auf 9,3 Milliarden Euro 2010, im Bereich Wissenschaft und Forschung von 4,71 Milliarden Euro 2009 auf 4,85 Milliarden Euro 2010. Im sozialpolitischen Ausschuss des Landtags seien Änderungen bei der Unterbringung von Asylbewerbern sowie Neuregelungen bei der Betreuung von Pflegebedürftigen und behinderten Menschen in Heimen wichtige Themen gewesen. Im Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes ist das "Neue Dienstrecht", das das Beamtenrecht in Bayern - etwa durch die geplante künftige Einheitslaufbahn und durch starke leistungsbezogene Elemente - revolutionieren werde, Seidenath zufolge derzeit das alles bestimmende Thema.

Was den Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP anbelangt, so trage dieser deutlich die Handschrift der CSU. Dass das Kindergeld ab 1. Januar 2010 für jedes Kind um 20 Euro steigen wird (für das erste und zweite Kind von 164 auf 184 Euro, für das dritte Kind von 170 auf 190 Euro und für weitere Kinder von 195 auf 215 Euro pro Monat) und die Kinderfreibeträge zum 1. Januar 2010 von 6.024 auf 7.008 Euro angehoben werden, sei maßgeblich auf die CSU zurückzuführen. Ein großer Erfolg der CSU für die Wahlfreiheit der Eltern, ob sie ihr Kind in den ersten Lebensjahren selbst oder fremd betreuen lassen wollen, sei das Betreuungsgeld, das dem Koalitionsvertrag zufolge ab 2013 in Höhe von 150 Euro im Monat gezahlt werden soll. Auch bei der personellen Ausstattung - drei Ministerien für die CSU - sei der Koalitionsvertrag ein großer Erfolg für die CSU, für ihren Verhandlungsführer Ministerpräsident Horst Seehofer und damit für den Freistaat Bayern insgesamt, betonte Seidenath.

Der Vorsitzende der CSU-Kreistagsfraktion Wolfgang Offenbeck erläuterte zum Abschluss der Karlsfelder Mitgliederversammlung die Sinnhaftigkeit des Verkaufes von Anteilen des Landkreises an der Amperkliniken AG und die geplante Verwendung der Gelder.